

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends Monatsbezugspreis -30 Goldmark (ohne Postgebühren) Bestellungen nur durch die Post Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom Deutschen Baugewerksbund Hamburg 23, Wallstr. 1

Anzeigen der Baugewerkschaften kosten -50 Goldmark für die dreieckspaltene Kleinzeile oder deren Raum Anzeigen für den Arbeitsmarkt 3 Goldmark

An die Abgeordneten zu den Fachgruppentagen!

Die Vorlagen für den Bundestag sowie sonstige Berichte und Druckfachen (darunter Jahrbuch 1923), die jeder Abgeordnete der Fachgruppentage erhält, gehen noch vor dem 20. August den Vorstehenden derjenigen Baugewerkschaften zu, die Abgeordnete zu den Fachgruppentagen entsenden. Es wird dringend ersucht, sofort nach Erhalt dieses Material den Abgeordneten zu übergeben.

Der Bundesvorstand.

Noch etwas zum Bundestage.

Eine Anzahl Anträge zum Bundestag haben wir bereits in unserer Nummer 32 besprochen. Wenn wir nun noch zu einigen anderen Anträgen unsere Meinung sagen, so deshalb, um die überzogenen Erwartungen vieler Kollegen, daß in den Unterstützungs-einrichtungen unseres Bundes recht bald eine Besserung eintreten könne, um einige Zoll zurückzuführen. Nicht nur die Kollegen im Lande, auch der Bundesvorstand sah es gern, wenn die Unterstützungsätze bei Streiks und Erwerbslosigkeit mindestens in der Vorkriegshöhe wieder in Kraft gesetzt würden. Der Wunsch allein aber ist in solchen Dingen nicht ausreichend. Wollen und Können ist zweierlei. Dem Soll muß auch ein entsprechendes Haben gegenüberstehen. Daß die Streikunterstützung so bald wie möglich wieder auf festumrissene erhöhte Sätze gebracht wird, wäre die größte Notwendigkeit. Das ist nicht nur die Auffassung des Bundesvorstandes, auch unsere Mitglieder haben daran ein sehr begriffliches Interesse. Denn nichts stört unsere notwendigen Kämpfe mehr, als eine Unterstützung in solcher Höhe, die den Streikenden der Ausgepörrten gestattet, ihre notwendigen Lebensbedürfnisse damit decken zu können. Jedoch seit Monaten stehen wir ununterbrochen in schweren, umfangreichen Kämpfen. Selbst der erhöhte Beitrag reicht nicht aus, um den tausenden im Kampfe stehenden Kollegen eine ausreichende Unterstützung zahlen zu können. Sie können nur so viel bekommen, als zur unbedingten karglichen Lebenserhaltung notwendig ist. Das ist bedauerlich, wird sich jedoch vorläufig nicht ändern lassen. Die Unternehmer wollen die Arbeitszeit verlängern, sie wollen die Arbeitslöhne nicht hochkommen lassen oder gar kürzen, sie wollen unsere Kollegen ihre sonstigen Sozialerwerbsleistungen nehmen. Dagegen müssen wir uns wehren. Und dieser Kampfstand wird zunächst so bleiben. Er erfordert große Opfer. Die Beiträge im Bunde noch höher zu setzen, erscheint nicht angebracht, da jetzt schon viele Kollegen über die „hohen“ Beiträge zornig sind. Sie sind wohl für den Kampf, aber - was folgerichtig wäre - nicht für entsprechende Opfer. Da bleibt nur der Ausweg übrig, bei den Unterstützungen selbst zu sparen. Etwas anderes ist nicht möglich. Sein Geschäftsmann kann mehr in sein Geschäft stecken, als er hat. Das trifft leider auch auf die Gewerkschaften zu.

Wenn nun schon bei der Streik- und Ausgepörrtenunterstützung eingespart werden muß, dann liegt es um so schärfer bei den anderen Unterstützungsarten. Eine Anzahl Verbesserungen müßten die halbjährliche Wiedereinführung der Erwerbslosenunterstützung, manne sogar schon vom 1. Oktober dieses Jahres an. Andere begünstigen sich mit dem 1. November oder dem 1. Dezember dieses Jahres, andere mit dem 1. Januar nächsten Jahres. Der Bundesvorstand ist vorzüglich. Er beantragt, daß frühestens am 1. Juli 1925 die Erwerbslosenunterstützung wieder in Kraft treten soll. Wir sind der Meinung, daß auch am 1. Juli 1925 an die Wiedereinführung der Erwerbslosenunterstützung nicht gedacht werden kann, wenn unsere Kampfstellung dem Unternehmertum gegenüber die alle bleibt, wenn wir gezwungen sind, unsere Lohn- und Arbeitslöhne in dem gleichen Umfang wie bisher fortzusetzen. Dann wird eben jede Einnahme für diese Kämpfe bereitstehen müssen. Man mißverstehe uns nicht. Wir wollen nicht etwa faulmachen. Wir sildern nur die Tatsachen, wie sie liegen. Kommen wir mit dem Unternehmertum des Baugewerks nicht zu erträglichen zentralen Vereinbarungen, sind wir gezwungen zu weiteren umfangreichen Kämpfen, dann können wir nicht dazu übergehen, Mittel für andere als Kampfbereitschaften bereitzustellen. Mit dieser harten Tatsache müssen sich die Kollegen abfinden. Wir können den Kampfcharakter unseres Bundes nicht einengen durch Preisgabe von Kampfunterstützungen zugunsten anderer Unterstützungsarten.

Denn, die da beantragen, schon für diesen Winter die Erwerbslosenunterstützung wieder aussetzen zu lassen, wollen wir nur an einer kleinen Rechnung. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, werden wir zum nächsten Winter vor allem im Baugewerbe wieder mit starker Arbeitslosigkeit zu rechnen haben. Die aus dem Abkommen in

Gegen den Krieg!

In starken Knäueln, Hauf' an Hauf', zerhackt, zerseht... wozu, warum? Die Sterne ziehen hoch herauf und glitzern kalt und bleiben stumm.

Ein Mitarbeiter der Neuporker „Tribune“ schreibt: „Wir wollen einmal die Toten von Großbritannien, die der Weltkrieg forberte, auf der Fifth Avenue (eine der größten und breitesten Straßen Neuporks) an unsern geistigen Augen vorüberziehen lassen, das besagt mehr als Zahlen. Vor Tagesanbruch brechen sie auf, zwanzig in einer Reihe. Bis zum Sonnenaufgang wandern sie... und den nächsten Tag und den nächsten und den nächsten. Zehn Tage lang ziehen die britischen Toten vorüber. Es weitere Tage die französischen. Die Russen brauchen fünf Wochen. Zweieinhalb Monate würden erforderlich sein, damit die Toten, die der Weltkrieg von den Alliierten forberte, vorüberziehen würden. Die Toten der Zentralmächte gebrauchen mehr als sechs Wochen. So ziehen die Toten des Krieges vier Monate Tag für Tag, zwanzig in einer Reihe, die Fifth Avenue hinunter...“

Frauen! Mütter! Wollt ihr einen neuen Krieg? Wollt ihr, daß dereinst der Zug der Gemordeten Jahre dauere? Wollt ihr keinen Krieg mehr, dann kämpft gegen den Krieg, kämpft gegen den Militarismus!

London etwa zu erwartenden Auslandskredite würden der Industrie zuzuführen, nicht aber dem Baugewerbe. Immerhin könnte aus dem Kreditmarkt eine stärkere Belebung auch des Baumarktes herbeigeführt werden. Dies aber würde sich erst im nächsten Jahre auswirken. Jedenfalls steht es so, daß leider auch für den kommenden Winter eine starke Arbeitslosigkeit im Baugewerbe zu erwarten ist. Die Anzeichen dafür sind schon jetzt zu erkennen. Wenn wir nun optimistisch rechnen und sagen, daß anfallt 90% der Bauarbeiter im vorigen Winter, im kommenden Winter nur 50% wegen Profites oder Arbeitsflaute aussetzen müssen, so ergäbe dies auf Wochen hinaus rund 200.000 arbeitslose Mitglieder. Gibt man nun jedem dieser Arbeitslosen auch nur 5% wöchentlich aus der Bundeskasse, so wären dazu jede Woche rund 1 Million Rentenmark erforderlich. Folglich müßten zum 1. Oktober des kommenden Jahres die Erwerbslosenunterstützung mindestens 10 Millionen Mark zur Verfügung stehen. Das aber ist eine glatte Unmöglichkeit. Das Unmögliche ist auch nicht möglich zu machen durch Einhebung eines Extrabeitrages, wie ein Ordereiner beantragt. Ein Sonderbeitrag in einer Höhe, daß er mindestens 10 Millionen Mark einbringt, kann nicht erhoben werden, weil die Mitglieder das nicht aufbringen können. Dazu ist die allgemeine Armut zu groß. Ferner sei daran erinnert, daß uns auch im kommenden Winter die harte Kämpfe bevorstehen werden, die natürlich finanziert werden müssen. Folglich ist gar nicht daran zu denken, die Erwerbslosenunterstützung in nächster Zeit wieder aussetzen zu lassen.

Zu den sonst noch vorliegenden Anträgen wollen wir an dieser Stelle nichts sagen. In letzter Linie liegt ja in allem die Entscheidung beim Bundestag. Jedoch möchten wir noch etwas Klarheit schaffen zu einem Antrag des Bundesvorstandes, der bereits vorhandene „Frei-handgesellschaft des Deutschen Baugewerksbundes“ (G. m. b. H.) im § 8 unserer Satzung als neue Zeile 1 aufgenommen haben will. Darüber wird in einigen Aufschriften von uns Aufklärung gewünscht. Die Einrichtung der Freihandgesellschaft besteht schon seit dem Jahre 1912. Der Antrag will lediglich, daß diese Bestimmung der Satzung einverleibt, daß sie den Kollegen bekannter wird. Die „Freihandgesellschaft“ (G. m. b. H.) ist an sich nötig, weil damit dem Bundesvorstand das Recht zuzustehen, Gelder des Bundes nicht auf Namen, sondern auf die Körperschaft zu legen. Das erstere kann nämlich zu Unzulänglichkeiten führen, wenn der Kontoinhaber plötzlich stirbt. Wäre die Freihandgesellschaft (G. m. b. H.) nicht vorhanden, so schließe auch dem Bunde das Recht der juristischen Person, das zu allen Rechtsbeziehungen nötig ist. Es handelt sich also nur um die Sicherung der Verwaltungstechnischer Maßnahmen, die an sich alles Recht

und nur insofern eine „Neuerung“ ist, daß sie der Bundesjahung einverleibt werden soll.

Im übrigen sollte der Zweck dieses Aufsatzes sein, den Kollegen im Auschnitt die Schwierigkeiten zu zeigen, die ihren berechtigten Wünschen, unsern Bund zu einem Helfer in allen Nöten zu gestalten, zurzeit im Wege stehen. Unser Bund macht seit einem Jahr härteste Zeiten durch. Er ist damit auch noch nicht über den Berg. Um so mehr aber ist es Pflicht aller Bundesmitglieder, die Schwierigkeiten, die unserer Weiterentwicklung im Wege stehen, hellau zu machen. Ferner darf dabei kopfängerisch werden. Hier heißt es, sich durchzusetzen. Und gerade in schweren Zeiten ist uns die Bundesstreue so nötig wie das tägliche Brot. Dann erst offenbart sich bei jedem einzelnen der wahre Kampfermut, die echte Überzeugungstreue. Werden die betätigt, sind die vorhanden, dann werden wir auch solche Zeiten mit Leichtigkeit überwinden. Das Unternehmertum muß allerdings erst einsehen lernen, daß es uns nicht zwingt. Es muß erst begreifen lernen, daß es dem Zweck einer Arbeitergewerkschaft widerspricht, wenn diese willenslos hinnehme, was ihr unternehmerischer Machtbündel zu dekretieren beliebt. Wenn es sich zu dieser Erkenntnis durchgerungen hat, dann wird es zu Vereinbarungen geneigt sein, die wir in Ehren annehmen können.

Vorläufig ist es noch nicht so weit. Wenn es aber dazu kommt, dann werden wir auch wieder mehr an den Ausbau unseres Bundes gehen können. Bis dahin müssen wir unsere Kräfte auf den Kampf konzentrieren. Den müssen wir führen, solange unsere Mitglieder das Recht auf Kultur und Menschentum von den Unternehmern freitrag zu machen beabsichtigt. Das steht jetzt im Vordergrund unserer Bewegung. Und das muß jeder Kollege einsehen, der vom vornehmsten Zweck unserer Bewegung durchdrungen ist. Die Geduld und Besserung der Arbeitsbedingungen unserer Mitglieder ist die Hauptsache der Bewegung. - Alles andere ist Beilage.

Wie kann Deutschland seine Einfuhr bezahlen?

Angeht die fortgeschrittenen Verschlechterung der deutschen Handelsbilanz, der andauernden Zunahme des Einfuhrüberschusses ist die Frage nach der Kaufkraft Deutschlands, oder wie es seine Einfuhr bezahlen kann, von großer Bedeutung. Das amerikanische Institut für Wirtschaftsforschung („Institute of Economics“) stellt dieselbe Frage, um Deutschlands Fähigkeit zur Bezahlung der amerikanischen Getreideeinfuhr zu prüfen. In dem vom Institut jüngst herausgegebenen Buch „Die amerikanische Landwirtschaft und der europäischen Markt“ von Edwin C. Bourke, wird daher die Zahlungsbilanz Deutschlands einer eingehenden Untersuchung unterzogen. Der Zahlung für die Einfuhr können dienen: a) Gold; b) ausländische Guthaben; c) der Erlös aus der Ausfuhr; d) die sogenannten „unsichtbaren Posten“ der Zahlungsbilanz (Schiffahrt, Wand und Versicherung, Fremdenverkehr usw.). Der Goldbestand Deutschlands, das früher Gold in größeren Mengen zu Nahrungs- und Industriegewerkschaften einführte, ist in ständiger Abnahme begriffen. Er betrug im Jahre 1913 noch 4 Milliarden Goldmark, ergab während des Krieges eine beträchtliche Abnahme und ist heute so unbedeutend (im Juni 1924 war der Goldbestand der Reichsbank 454 Millionen Goldmark), daß daraus nicht einmal die für einen Monat notwendigen Einfuhren bezahlt werden könnten. Die deutschen Guthaben im Ausland, die laut den Gutachten der Sachverständigen 2,5 Millionen Goldmark betragen dürften, dienen gegenwärtig der Bezahlung der Einfuhrüberschüsse. Da der deutsche Importeur keinen Wechselkurs am ausländischen Markt hat, sondern in bar zahlen muß, ist das Bestehen dieser Guthaben unerlässlich notwendig. Bei der endgültigen Stabilisierung der deutschen Währung sollen aber diese Guthaben nach Deutschland zurückkehren, um seine Kapitalbasis zu erweitern. Würde diese gegenwärtig im Ausland liegende Summe gänzlich zur Bezahlung der Einfuhren der deutschen Volkswirtschaft erwachsen. Die Ausfuhr hat vor dem Kriege den größten Teil der Einfuhr (Waren- und Goldimporte) gedeckt. Immerhin mußte der auch vor dem Kriege sehr beträchtliche Einfuhrüberschuß (im Durchschnitt der Jahre 1908 bis 1914 1675 Millionen Goldmark) aus aneuten Einnahmequellen gedeckt werden. Dies war sehr weitgehend möglich. Die Tatsache, daß Deutschland jährlich durchschnittlich 400 Millionen Goldmark Kapital im Ausland anlegen konnte, das ihm nach Zahlung des Nettobetrag aus dem Warenverkehr übrig blieb, genügt dafür. Wie steht es aber heute mit diesen übrigen Einnahmequellen? Die Schiffahrt brachte 1913 540 Millionen, 1922 dagegen nur 175 Millionen Goldmark. Für die Zukunft wird aus dieser Quelle mit einer Einnahme von höchstens 300 Millionen Goldmark gerechnet. Vom Touristenverkehr höchstens mit 100 Millionen, von Wand- und Verkehrsleistungen im Ausland aber überhaupt nichts mehr. Die unsichtbaren Posten tragen demnach nicht mehr als 500 Millionen Goldmark im Jahr. Nach dem Kriege trat aber eine Überforderung der

deutschen Volkswirtschaft ein, das Ausland erwarb deutsches Eigentum im Werte von mindestens 8 Milliarden Goldmark. Dies mit 6% bezinst, ergibt eine Rinfenlast der deutschen Volkswirtschaft im Betrage von 500 Millionen Goldmark. Somit halten die Kredit- und Kassidposten der unsichtbaren Bilanz einander die Wage. Daraus ergibt sich aber, daß in der Zukunft Einfuhren ausschließlich aus den Erlösen der Ausfuhr oder aus ausländischen Krediten bezahlt werden können. Die Einfuhren sind zwar sehr eingeschränkt; sie betragen im Jahre 1923 nur 40% des Einfuhrwertes von 1918 (im ersten Quartal 1924 betrug der Rückgang der Einfuhr gegenüber 1918 44%), die Ausfuhr ist aber in einem noch stärkeren Maß zurückgegangen (im ersten Quartal 1924 um 55%). Die deutsche Ausfuhr betrug im Jahre 1922 6,2 Milliarden Goldmark. Sie müßte auf 16,5 Milliarden Goldmark gesteigert werden, damit Deutschland wieder so viel im Ausland kaufen kann wie vor dem Kriege. Die gegenwärtigen Möglichkeiten lassen wenig Hoffnung auf eine derartige Ausdehnung der deutschen Ausfuhr. So bleibt einzuwirken für die Beschränkung der Einfuhrüberschüsse nur der ausländische Kredit, insofern dieser zu erhalten ist, übrig. Vor der endgültigen Stabilisierung der deutschen Währung und vor Lösung der Reparationsfrage ist aber auf ausreichende ausländische Kredite nicht zu hoffen.

Deutscher Krankentagg.

Am 27. und 28. Juli lagte in Hamburg in dem Messegelände der „Erich-Weber-Halle“ die 28. ordentliche Mitgliederversammlung des Hauptverbandes Deutscher Krankentassen. Über 2000 Delegierte aus ganz Deutschland nahmen an dieser Tagung teil, die zugleich eine Jubiläumstagung war; denn 30 Jahre besteht diese gewaltige Organisation. Ihre Hauptaufgaben bestehen in dem Kampf um die Verbesserung der Gesetzgebung auf sozialpolitischem Gebiete, insbesondere der Sozialversicherung, um Verbesserung der Sozialhygiene und der sozialen Fürsorge. Von dem was sich der Verband bei seiner Gründung vorgenommen, ist viel in Erfüllung gegangen, vieles jedoch noch nicht. Letzteres hat seinen Grund darin, daß die Jahre des Krieges und der Inflation die deutsche Sozialversicherung zum fast völligen Ruin führten.

Die Hauptaufgabe des 28. deutschen Krankentagess galt dem Kampf für den sozialpolitischen Fortschritt und gegen den Abbau der sozialpolitischen Leistungen. Seine Tagesordnung war sehr umfangreich. Es würde zu weit führen, jeden einzelnen Punkt an dieser Stelle ausführlich zu behandeln. Im Vordergrund standen zwei Vorträge: „Der Umbau der deutschen Sozialversicherung“ und „Die Arbeitsfrage“. Den Umbau der deutschen Sozialversicherung behandelte Ministerialdirektor Dr. Griefner vom Reichsarbeitsministerium in Berlin. Dem Vordrang der Kapitalvermögen konnte sich auch die deutsche Sozialversicherung nicht entziehen. Die Grundzüge neuen Lebens gab auch für die Krankenversicherung die Stabilisierung der Mark. Die gesamten Versicherungsbeiträge der deutschen Sozialversicherung betragen im Jahre insgesamt 1,8 bis 1,5 Milliarden Goldmark an Beiträgen auf, davon die Krankenversicherung allein 750 Millionen Goldmark. Erfreulich war, daß der Vortragende ein Agitationsmittel der bürgerlichen Parteien und der Arbeitgeber zerkörte: er verneinte entschieden die Frage, daß die Krankenversicherung heute zu teuer sei, weil sie mehr Prozent des Grundlohnes (vor dem Kriege 4 bis 5, jetzt bis zu 7%) an Beiträgen erhebe, obwohl die Löhne um einen viel höheren Prozentsatz gesunken seien. Die Arbeitgeber sollen sich die Verneinung dieser Frage durch einen der besten Kenner der Sozialversicherung merken, der am Schluß sagte, daß eine Entlastung des Versicherungsfontos weiter nichts bedeute als eine große Belastung des Lohnfonds. In der Aussprache wandelten sich die Redner gegen die sogenannten Verursacher und gegen die Zulassung neuer Erbfälle; die beste Aufklärung und Sicherung der Leistungen sei nur in einem vorbildlichen Ausbau der Allgemeinen Ortskrankentassen zu erblicken.

Ueber die Wiederaufnahme der sozialhygienischen Arbeiten sprachen Prof. Dr. Groljan, Berlin, und Direktor Albert Köhn, Berlin. Der erste empfahl sehr eindringlich die Einbeziehung der Familienmitgliedschaft in die Krankenversicherung. Neben gibt es noch Massen, die die Familienversicherung nicht durchgeföhrt haben. Die Versicherung in Heime und Kuranstalten muß eine der wichtigsten Aufgaben der Kassenverbände sein. Der zweite Redner verbreitete sich besonders über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Tuberkulose. Aufgabe der Kassen ist es, auch auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge mitzuarbeiten. Die Vertreter der Krankentassen haben auch die Pflicht, sich energig gegen die Vertierung der Lebensmittel zu wenden, auch dürfe die Übertragung der sozialhygienischen Arbeiten auf die öffentliche Fürsorge nicht erfolgen, dies müßte den Krankentassen überlassen bleiben.

Die Arbeitsfrage, wohl das ungünstigste Kapitel für die Kassenverbände, behandelte der Geschäftsführer Lehmann, Dresden. Diese Frage macht den Krankentassen die größte Sorge. Zwischen den Ärzten und den Kassen schweben gegenwärtig wieder Verhandlungen zur Schaffung neuer Verträge. Obwohl Lehmann besonders hervorhob, daß die Krankenversicherung nicht ohne Ärzteschaft durchzuführen sei, betonte er auch richtig, daß die Ärzte in den letzten Jahren proklamiert worden sind. Profitierende Instrument der Ausbeutung der minderbemittelten Bevölkerung gegenüber den Ärzten ausgesprochen worden ist. Für jeden Kranken ist klar, daß die gegenwärtige Zuspaltung des Kampfes in den unheilbaren wirtschaftlichen Zuständen zu suchen ist. Nicht leicht aber auch und tief bedauerlich ist es, daß die Ärzteorganisationen die übermäßigen Löhne auf Kosten der Krankenversicherung über Wasser halten wollen. Die Krankenversicherung droht dadurch zu einem Instrument der Ausbeutung der minderbemittelten Bevölkerung gegenüber den Ärzteschaft zu werden, wegen sich die Krankentassen mit aller Entschiedenheit wenden müssen. Eine Verhinderungsfähigkeit seitens der Ärzteschaft ist es, die Einführung der Familienversicherung abhängig zu machen von einer Begrenzung des Ärztenentwurfes und der gesetzlichen Festlegung der organisierten freien Ärz-

twahl. Das Verschwinden der Sozialversicherung bedeutet zweifellos die Vernichtung des ärztlichen Berufes.

Zu allen Vorträgen wurden einstimmig entsprechende Entschlüsse angenommen. Der Sitz des Hauptverbandes wurde von Dresden nach Berlin verlegt. Der bisherige Vorsitzende des Verbandes, Präsident Julius Fräsdorf, der wegen schwerer Krankheit nicht mehr in der Lage ist, die Geschäfte des Verbandes führen zu können, wurde nach einer besonderen Ehrung seiner großen Verdienste zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Als neuer erster Vorsitzender wurde Stadtrat Threns, Berlin, gewählt, als zweiter Vorsitzender Kirchhof, Dresden. Der Verbandstag leistete große fortschrittliche Arbeit. Offen war, daß die gefassten Beschlüsse und das Bestreben des Hauptverbandes fruchtbringend sind für die gesamte Krankenversicherung; zum Ruhm der Arbeiterschaft!

Wiederaufbau der Invalidenversicherung.

Die Träger der Invalidenversicherung, die Landesversicherungsanstalten, hielten am 6. und 7. August in Augsburg ihre Jahresversammlung ab. Unter den rund 115 Vertretern befinden sich auch etwa 80 Versicherte. Bei den Anstalten sind schätzungsweise 13 Millionen Arbeitnehmer versichert. Die Tagung hatte deshalb eine ganz besonders wichtige Bedeutung, weil sie nach dem Zusammenbruch der Invalidenversicherung infolge der Inflation im Jahre 1923 den Wiederaufbau behandelte.

Unter der Begrüßungsansprache war bemerkenswert die Rede des Vertreters des Reichsarbeitsministeriums. Die Sozialversicherung habe einen bitteren Lebensweg hinter sich; auch das beste Gesetz habe ihn nicht aufhalten können, selbst nicht eine Verbilligung der Beiträge. Neue Lebensquellen seien jedoch erschlossen worden; der Wiederaufbau sei im Gange. In der Invalidenversicherung ist an Stelle des Prämienbedeckungssystems das Umlageverfahren eingeföhrt worden. Gegenwärtig werden in der Invalidenversicherung täglich wieder rund eine Million Goldmark in Barleistungen ausgegeben. Die Sozialversicherung müsse noch weiter verbessert werden. Sie bilde

Vaterland und Proletariat.

Das Vaterland den Leuten entreißen, die das Vaterland gepachtet haben, den Kasten des Militarismus und den Räuberbanden der Finanz — allen Nationen die unbegrenzte Entwicklung zur Demokratie gestatten, das heißt nicht nur der Internationalen und dem internationalen Proletariat dienen, das heißt dem Vaterlande selbst dienen!

Jean Jaurès.

eine unerläßliche Ergänzung des Lohnsystems. Versicherungsbeitrag sei Lohnabbau. Aus Lohnentzügen müssen die einmündigen Menschen gemacht werden. Der neue Präsident des Reichsversicherungsamts, Schäffer, sagte sich für das Selbstverwaltungswort der Versicherungsträger, der Vertreter der Stadt Augsburg für den Ausbau der sozialen Versicherung ein, um die Fürsorgekosten der Gemeinden herabzumindern.

Den Tätigkeitsbericht des Verbandsschusses erläuterte der Vorsitzende Geheimrat Schröder. In der gedruckten Zusammenlegung der Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung sei ein Kompromiß erzielt worden. Die Einziehung der Invalidenversicherungsbeiträge durch die Krankentassen sei hoffentlich für immer vorbei. Die jetzt vorhandenen Einheitsrenten in der Invalidenversicherung könnten auf die Dauer nicht beibehalten werden. Es müßte wieder die Individualisierung der Rentenempfänger nach ihrer Beitragsentrichtung eintreten. Die einzelnen Landesversicherungsanstalten müßten wieder selbständig gemacht werden. Der Statibus des Verbandes, Landesrat Groljan, Kassel, wies nach, daß die Landesversicherungsanstalten zurzeit immer das noch nicht einnehmen, was sie ausgeben. Eine wirtschaftliche Aufbesserung durch anderweitige Abgrenzung der Lohnlaffen sei unerläßlich. Dann hielt Präsident Lehmann, Darmstadt, einen Vortrag über die Wiedereinföhung der Selbstverfahren, namentlich der Heilfälligenbehandlung.

Die Aussprache galt namentlich der Erörterung besonderer Fragen: der Zweckmäßigkeit der sozialen Versicherung und ihrer Wiederbelebung, der neu geschaffenen Volksgemeinschaft aller Versicherungsträger, der Individualisierung der Renten nicht nur nach den Familienverhältnissen der Empfänger, sondern auch nach ihrer Beitragsleistung. Der Landpunkt der Versicherten wurde dargelegt von Welfer, Berlin, und Alexis, Wiesbaden. Von ihnen wurde besonders hingewiesen auf die Mangelhaftigkeit der jetzigen Barleistungen (eine Invalidenrente beträgt 14 M im Monat), auf die Notwendigkeit der Zusammenlegung der Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung, der Ausgestaltung des Selbstverwaltungswortes der Landesversicherungsanstalten und der anderweitigen Abgrenzung der Lohnlaffen, damit namentlich die Landwirtschaft zu richtigen Beiträgen herangezogen wird.

Der zweite Verbandstag begann mit der Erörterung einer Forderung der Reichspostverwaltung, daß sie von den Trägern der Invalidenversicherung für die Auszahlung der Renten und den Vertrieb der Beitragsmarken eine Entschädigung erhalten soll. Bisher wurde diese Tätigkeit der Post vollkommen unentgeltlich geleistet; sie bildete eine gewisse Form eines Reichszuschusses. Die Post verlangt 2% vom Hundert der ausgezahlten Renten und der verkauften Beitragsmarken, also 5 vom Hundert des Umlages. Das würde im Jahre für alle Versicherungsnehmer eine Belastung von etwa 15 Millionen Mark sein. In einer Entschlußnahme, die einstimmig zur Annahme gelangte, wandte sich die Tagung entschieden gegen diese neue Belastung. Darauf wurde über die

Frage gesprochen, welche Anstalt für die Durchführung der Selbstverfahren zuständig ist; die, in der der Versicherte wohnt, oder die, in deren Bezirk er beschäftigt ist. Das Abkommen wurde dahin abgeändert: die Einleitung des Selbstverfahrens ist in erster Linie Aufgabe der Versicherungsanstalt, in deren Bezirk der Versicherte oder die Witwe zurzeit der Antragstellung wohnt. In Ermangelung eines Wohnortes entscheidet der Aufenthaltsort. Als „Wohnort“ gilt bei verheirateten Versicherten auch eine Schlafstelle.

Landesrat Groljan sprach sodann über die Befreiung der Versicherungsanstalten von der Grundvermögens- und Hauszinssteuer, zu denen die Heilfälligen der Invalidenversicherung bisher herangezogen wurden. Man beschloß, gegen die Heranziehung vorstellig zu werden. Hierzu sprach der Vizepräsident über ärztliche Fortbildungskurse in der Frühdiagnose und Prognose der Tuberkulose. Diese Kurse sollten in den Augenheilstätten abgehalten werden, um die Werte in die Soziale Medizin einzuföhren. Der Antrag wurde zugestimmt.

Nach erfolgter Aenderung der Verbandsstatuten fanden die Vorstandswahlen statt. Als Vertreter der Versicherten wurden gewählt der preussische Reichsversicherungsminister Groljan und die Genossen Welfer, Berlin, und Schäffer, Wiesbaden, als Arbeitgebervertreter die Herren Groljan, Wiesbaden, und Schäffer. Diese Wahlen gefolgt bis zum Jahre 1927. Der nächste Verbandstag soll 1925 in Breslau stattfinden.

Höchstätze der Erwerbslosenfürsorge.

Die Höchstätze der Erwerbslosenunterstützung betragen vom 1. August 1924 ab wie auf weiteres wochentlich:

Im Wirtschaftsgebiet I (Ostern)	In den Orten der Ostpreußen			
	A	B	C	D
1. Für männliche Personen:				
a) über 21 Jahre.....	90	84	78	72
b) unter 21 Jahren.....	54	50	46	42
2. Für weibliche Personen:				
a) über 21 Jahre.....	80	75	70	65
b) unter 21 Jahren.....	48	44	40	36
3. Als Familienzuschläge für:				
a) den Ehegatten.....	30	28	26	24
b) die Kinder und sonstige unterhaltungsberechtigten Angehörige.....	22	21	20	19

Im Wirtschaftsgebiet II (Ostern)	In den Orten der Ostpreußen			
	A	B	C	D
1. Für männliche Personen:				
a) über 21 Jahre.....	100	93	86	79
b) unter 21 Jahren.....	60	56	52	48
2. Für weibliche Personen:				
a) über 21 Jahre.....	90	84	78	72
b) unter 21 Jahren.....	55	51	47	43
3. Als Familienzuschläge für:				
a) den Ehegatten.....	25	23	21	19
b) die Kinder und sonstige unterhaltungsberechtigten Angehörige.....	25	23	21	19

Im Wirtschaftsgebiet III (Ostern)	In den Orten der Ostpreußen			
	A	B	C	D
1. Für männliche Personen:				
a) über 21 Jahre.....	110	102	94	86
b) unter 21 Jahren.....	66	62	58	54
2. Für weibliche Personen:				
a) über 21 Jahre.....	100	93	86	79
b) unter 21 Jahren.....	60	56	52	48
3. Als Familienzuschläge für:				
a) den Ehegatten.....	38	35	32	29
b) die Kinder und sonstige unterhaltungsberechtigten Angehörige.....	27	25	23	21

Weibliche Erwerbslose über 21 Jahre, die nachweislich Familienangehörige zu ernähren haben, erhalten die Höchstätze für Männer über 21 Jahre. Die Familienzuschläge dürfen das Anderthalbfache der Hauptunterstützung nicht übersteigen. Ferner darf die Gesamtunterstützung den durchschnittlichen Reinerwerb vergleichbarer Arbeitergruppen nicht übersteigen. Die selbständigen Unterhaltungen, die mehrere in einem Haushalt lebende Familienmitglieder erhalten, dürfen zusammen das Zweifachfache der Unterstützung nicht übersteigen, die dem Hauptunterstützten Mitglied für seine Person zufließt.

Zum Jugendverbandstag.

Zum ersten Male in der Geschichte unseres Verbandes und Bundes geht der Zusammenkunft der alten Kollegen eine solche der Jugend voraus, die keine Ausnahmestellung genießt, sondern mit zum Leben der Gewerkschaft gehört wie alle Zusammenkünfte der alten Kollegen auch. Und wie die Tagungen der alten Kollegen sich mit künftigen Wegen der Gewerkschaftsarbeit, mit Zielen und Fortschritten befassen werden, so wird dies auch der Jugendverbandstag tun. Nun sind es über nicht viele, die der Tagung der Jugendlichen ihre Aufmerksamkeit schenken, und doch ist sie eine der bedeutungsvollsten mit; denn von ihr hängt ein Stück künftiger Arbeit in unserer Jugendbewegung und damit zu einem kleinen Teil ein Stück künftigen Volkserwerbsbundes überhaupt ab. Darum aber begrüßt wohl ein jeder, der in unserer Jugend die künftigen Träger des Bundes sieht und sie dementsprechend vorbereiten möchte, die Arbeiten des Jugendverbandstages. Ihn muß die Aufgabe auflösen, neben allgemeinen Forderungen und solchen an die Gesetzgebung Maßnahmen auszuarbeiten, nach denen die künftige Werksarbeit unter den Jugendlichen des Bundes zu geföhren hat. Darum sei schon jetzt die Aufmerksamkeit der Kollegen auf unsere Jugend gerichtet; denn von den alten Kollegen wird es zum großen Teil abhängen, inwieweit sich etwaige Arbeiten für die Jugend durchföhren lassen. Erwinnern sich die alten Kollegen dieser Aufgabe immer wieder, dann können sie bei der Organisation und Zusammenfassung unserer jugendlichen Mitglieder der tatsächlichen Mitarbeit der Jugend selber versichert sein.

Karl Lott, Ludwigshafen.

Ergebnis der Abgeordnetenwahlen zu den Verbandstagen.

A. Maurer und Zementierer.

Bezirksverband Königsberg.
 1. Wahlkreis: M. Gehrmann, G. Mai; Erfahrmänner W. Trutenau, W. Wolff, Altfant in Königsberg.
 2. Wahlkreis: M. Kinat-Allenstein, O. Seifert-Mohrungen; Erfahrmänner Conr. Jürgens-Marienwerder, Fern. Matfowski-Danzig.
 3. Wahlkreis: A. Schiffs-Dyl; Erfahrm. G. Wiber-Insterburg.

Bezirksverband Stettin.
 1. Wahlkreis: E. Krowas-Stralsund; Erfahrmann F. Schwan-Swinemünde.
 2. Wahlkreis: F. Petersdorf-Stettin; Erfahrmann G. Ring-Stettin.
 3. Wahlkreis: P. Seif.-Köpsin; Erfahrmann D. Bahl-Belgard.
 4. Wahlkreis: W. Hoffmann-Schneidemühl; Erfahrmann K. Drows-Neustettin.

Bezirksverband Breslau.
 1. Wahlkreis: P. Jehmisch-Brieg; Erfahrmann H. Meise-Breslau.
 2. Wahlkreis: J. Benedikt-Glag; Erfahrmann M. Kern-Deutschn-Altschloß.
 3. Wahlkreis: E. Kubitzke-Gugelwitz; Erfahrmann G. Fuchs-Deis.
 4. Wahlkreis: M. Krause-Greifensee; Erfahrmann U. Schmidt-Görlitz.
 5. Wahlkreis: F. Scholz-Waldenburg i. Schl.; Erfahrmann W. Berndt-Girchberg.
 6. Wahlkreis: U. Stante-Gleiwitz, T. Michly-Gleiwitz; Erfahrmänner L. Hofmann-Gleiwitz, B. Stenel-Gleiwitz.
 7. Wahlkreis: G. Jahn-Reichenbach; Erfahrmann G. Paul-Schweidnitz.
 8. Wahlkreis: M. Höder-Liegnitz; Erfahrmann R. Rosenbergs-Mohr.
 9. Wahlkreis: R. Brand-Bunzlau; Erfahrmann U. Paternmann-Steinau a. d. D.

Bezirksverband Berlin.
 1. Wahlkreis: A. Wartenberg, K. Gerde, F. Kaiser, R. Gaertig; Erfahrmänner Konrad Bommer, W. Jisch, P. Dratow, Albert Sagrouska. Sämtlich in Berlin.
 2. Wahlkreis: Leopold Künzel-Gottbus; Erfahrmann P. Frelner-Frankfurt a. d. O.
 3. Wahlkreis: W. Zeigbrodt-Wittföck; Erfahrmann R. Weite-Brandenburg.
 4. Wahlkreis: R. Keller-Landsberg; Erfahrmann R. Birholz-Neudamm.
 5. Wahlkreis: G. Adam-Nowawes; Erfahrmann D. Walter-Fürstentum.
 6. Wahlkreis: K. Kappelle-Senftenberg; Erfahrmann W. Schöder-Budenow.
 7. Wahlkreis: W. Möbius-Dranienburg; Erfahrmann D. Krone-Angermünde.

Bezirksverband Magdeburg.
 1. Wahlkreis: D. Feinmann, R. Schneider; Erfahrmänner U. Steinrück, W. Gehl. Sämtlich in Magdeburg.
 2. Wahlkreis: P. Stahmann-Wittenberg; Erfahrmann Hans Frahnert-Weißfels.
 3. Wahlkreis: P. Lingner-Deßau; Erfahrmann G. Richter-Salle.
 4. Wahlkreis: P. Wille-Halberstadt; Erfahrmann K. Feinmann-Neuhaldensleben.
 5. Wahlkreis: F. Wenschel-Merseburg; Erfahrmann R. Bed.-Querfurt.
 6. Wahlkreis: W. Brandt-Stendal; Erfahrmann R. Dannemann-Angermünde.

Bezirksverband Erfurt.
 1. Wahlkreis: D. Voigt-Erfurt.
 2. Wahlkreis: R. Seyfert-Cera; Erfahrmann Ph. Kleinmann-Münner.
 3. Wahlkreis: F. Usmus-Meiningen; Erfahrmann G. Dörries-Gienach.
 4. Wahlkreis: F. Hübler-Saalfeld, D. Müller-Vrahladt; Erfahrmänner G. Grabe-Frankenhausen, F. Kähler-Klosterlausitz.
 5. Wahlkreis: A. Krannich-Gehren in Th.

Bezirksverband Frankfurt.
 1. Wahlkreis: Jang-Alschaffenburg; Erfahrmann Küllmer-Schwege.
 2. Wahlkreis: Bornemann-Cassel; Erfahrmann Kolb-Cassel.
 3. Wahlkreis: Meiter-Darmstadt; Erfahrmann Müller-Darmstadt.
 4. Wahlkreis: F. Knös, W. Klös, E. Kühl jun.; Erfahrmänner F. Sutor, Bernreuter, Gutes. Sämtlich in Frankfurt a. M.
 5. Wahlkreis: Otto-Marburg; Erfahrm. Stehr-Gießen.
 6. Wahlkreis: Wüst-Limburg; Erfahrmann Dietrich-Corbach.
 7. Wahlkreis: Schneider-Main; Jaf. Rhein-Main.
 8. Wahlkreis: U. Hölzel; Erfahrmann Hartmann-Weide in Wiesbaden.

Bezirksverband Köln.
 1. Wahlkreis: R. Wundram-Köln; Erfahrmann P. Sperling-Köln.
 2. Wahlkreis: F. Mathenaers-Crefeld; Erfahrmann Konr. Schorge-Düsseldorf.
 3. Wahlkreis: Th. Schäfer-Darpen; Erfahrmann D. Reih-Darpen.
 4. Wahlkreis: P. Rosenzweig-Köln; Erfahrmann Jaf. Fenz-Stellter-Wonn.

Bezirksverband Dortmund.
 1. Wahlkreis: F. Müst-Dortmund; Erfahrmann Gerhard-Dortmund.
 2. Wahlkreis: G. Fahrentamp-Serne; Erfahrmann P. Eipel-Buchum.
 3. Wahlkreis: U. Wagner-Mülheim a. d. R.; Erfahrmann G. Behrend-Duisburg.
 4. Wahlkreis: H. Kirchner-Essen; Erfahrmann G. Maue-Dagen.
 5. Wahlkreis: R. Schulze-Münster; Erfahrmann J. Wolf-Deventrop.

Bezirksverband Hannover.
 1. Wahlkreis: U. Helmke-Götting.
 2. Wahlkreis: P. Schlüter-Bielefeld; Kühne-Braunschweig.
 3. Wahlkreis: G. Pape-Göttingen.
 4. Wahlkreis: H. Hey-Gesford.
 5. Wahlkreis: K. Voigt-Hannover.
 6. Wahlkreis: G. Drows-Hannover.

Bezirksverband Bremen.
 1. Wahlkreis: Göhe-Bremen; Erfahrmann Seidel-Bremerhaven.
 2. Wahlkreis: Kuper-Debnrück; Erfahrmann Hügners-mörder-Begelad.
 3. Wahlkreis: Piesh-Emden; Erfahrmann Köster-Odenburg.

Bezirksverband Hamburg.
 1. Wahlkreis: K. Abel-Hamburg, G. Jfen-Hamburg, D. Senft-Hamburg; Erfahrmänner F. Bähr-Hamburg, K. Westmann-Altona.
 2. Wahlkreis: U. Wätich-Neuland, G. Meyer-Kampe; Erfahrmänner K. Dehau-Lübeck, K. Busse-Cuxhaven.
 3. Wahlkreis: G. Goltzard-Neumünster; Erfahrmann W. Linn-Kiel.
 4. Wahlkreis: F. Engelsmann-Nendburg; Erfahrmann G. Kupfer-Nendburg.

Bezirksverband Rostock.
 1. Wahlkreis: G. Boldt-Schwerin; Erfahrmann G. Granow-Wismar.
 2. Wahlkreis: G. Maul-Teterow; Erfahrmann M. Griem-Rostock.

Bezirksverband Dresden.
 1. Wahlkreis: F. Seidel-Dresden, F. Barth-Dresden, G. Lehmann-Dresden; Erfahrmann M. Schmidt-Röschgenbroda.
 2. Wahlkreis: M. Leinert-Zittau; Erfahrmann R. Dreher-Schönberg.
 3. Wahlkreis: D. Kolbe-Niesitz; Erfahrmann G. Hausdorf-Meißen.
 4. Wahlkreis: W. Funke-Freiberg i. Sa.; Erfahrmann C. Just-Großhain.

Bezirksverband Leipzig.
 1. Wahlkreis: G. Vielgel, D. Baumann; Erfahrmänner B. Goltzschal, F. Rahmann. Sämtlich in Leipzig.
 2. Wahlkreis: M. Schmidt-Gemnich; Erfahrmann W. Regel-Brandenburg.
 3. Wahlkreis: G. Nuttkopf-Annaberg; Erfahrmann P. Bed.-Zschillen.
 4. Wahlkreis: W. Joger-Greiz; Erfahrmann D. Möber-Plauen.
 5. Wahlkreis: Fr. Marx-Mügel; Erfahrmann W. Dgriffed-Brandis.
 6. Wahlkreis: W. Heß-Zwickau; Erfahrmann R. Sölter-Crimmitschau.
 7. Wahlkreis: G. Jäger-Reitz, K. Trillhoff-Altendorf; Erfahrmänner G. Bernstein-Nötha, U. Remme-Zeuchern.

Bezirksverband Nürnberg.
 1. Wahlkreis: B. Schmitt-Nürnberg; Erfahrmann K. Gittinger-Nürnberg.
 2. Wahlkreis: U. Engelhard-Schweinfurt; Erfahrmann U. Böh-Coburg.
 3. Wahlkreis: E. Kupfer-Negensburg; Erfahrmann D. Appel-Zugollat.
 4. Wahlkreis: R. Diph-Hof; Erfahrmann J. Wunderlich-Hof.
 5. Wahlkreis: A. Grauf-Hennenbach; Erfahrmann K. Emmenlauer-Nördlingen.

Bezirksverband München.
 1. Wahlkreis: Fr. Meher, Joh. Sawerteig; Erfahrmänner K. Schwarzmüller, Joh. Rep. Sämtlich in München.
 2. Wahlkreis: W. Ulrich-Augsburg; Erfahrmann Fr. Stoll-Weilheim.
 3. Wahlkreis: Joh. Breit-Leeburg; Erfahrmann M. Gruber-Paffau.

Bezirksverband Stuttgart.
 1. Wahlkreis: F. Wichter-Stuttgart; Erfahrmann W. Reih-Stuttgart.
 2. Wahlkreis: R. Knuth-Heilbronn; Erfahrmann W. Reiter-Göppingen.
 3. Wahlkreis: U. Ruff-Neutlingen; Erfahrmann G. Franb-Neutlingen.

Bezirksverband Karlsruhe.
 1. Wahlkreis: R. Krug-Mannheim, L. Hoffmann-Mannheim; Erfahrmänner W. Hauert-Heidelberg, W. Meiter-Speyer.
 2. Wahlkreis: W. Höll-Karlsruhe; Erfahrmann L. Buchmann-Pforzheim.
 3. Wahlkreis: Chr. Bolz-Neustadt a. d. S.; Erfahrmann F. Berz-Offenburg.
 4. Wahlkreis: K. Jörg-Kaiserslautern; Erfahrmann G. Schwarz-Niederkirchen.
 5. Wahlkreis: F. Wilhelm-Saarbrücken; Erfahrmann W. Lamp-Dehrbach.

B. Bauhilfsarbeiter.

Bezirksverband Königsberg.
 1. Wahlkreis: P. Krause, H. Hoppe; Erfahrmänner Fr. Fischer, Ferd. Grov. Sämtlich in Königsberg.
 2. Wahlkreis: Art. Brill-Danzig; Erfahrmann Art. Weber-Danzig.
 3. Wahlkreis: G. Bubelweit-Rastenburg; Erfahrmann F. Dobrinski-Marienwerder.
 4. Wahlkreis: R. Schiffer-Gumbinnen; Erfahrmann U. Dowitz-Insterburg.

Bezirksverband Stettin.
 1. Wahlkreis: W. Radke-Stettin; Erfahrmann U. Behse-Stettin.
 2. Wahlkreis: Schwerdtfeger-Belgard; Erfahrmann P. Schönke-Schneidemühl.

Bezirksverband Breslau.
 1. Wahlkreis: K. Goryski, G. Klünter; Erfahrmänner Joh. Gank, sämtlich in Breslau, P. Wänich-Peiferwitz.
 2. Wahlkreis: W. Berndt-Liegnitz; Erfahrmann U. Schille-Striegau.

3. Wahlkreis: P. Hellwig-Lanau; Erfahrmann U. Kaiser-Fraustadt.
 4. Wahlkreis: M. Schmidt-Reichenbach; Erfahrmann P. Voigtländer-Langenbielau.
 5. Wahlkreis: P. Polohel-Proßau; Erfahrmann W. Köster-Neuland.
 6. Wahlkreis: U. Seppelt-Glag; Erfahrmann P. Gängel-Bad Salzbrunn.
 7. Wahlkreis: W. Miesert-Greifensee; Erfahrmann U. Meische-Görlitz.

Bezirksverband Berlin.
 1. Wahlkreis: A. Gallenberg, Br. Krause, P. Gänge, P. Dröste; Erfahrmänner K. Krüger, P. Kelpinski, E. Juchold, P. Zapler. Sämtlich in Berlin.
 2. Wahlkreis: W. Heins-Nowawes; Erfahrmann Mart. Jussac-Fürstentum.
 3. Wahlkreis: G. Strebelow-Landsberg a. d. W.; Erfahrmann W. Krone-Angermünde.
 4. Wahlkreis: P. Richter-Finsterwalde; Erfahrmann W. Lüdicke-Brandenburg.
 5. Wahlkreis: W. Stuh-Cottbus.

Bezirksverband Magdeburg.
 1. Wahlkreis: G. Thiele; Erfahrmann: R. Lieble-Weide in Magdeburg.
 2. Wahlkreis: P. Stöfel-Eilenburg; Erfahrmann G. Thiele-Wittenberg.
 3. Wahlkreis: D. Senft-Deßau; Erfahrmann Th. Brauns-Halle.
 4. Wahlkreis: W. Gmisch-Merseburg.

Bezirksverband Erfurt.
 1. Wahlkreis: F. Baum-Eisenach; Erfahrmann G. Martin-Erfurt.
 2. Wahlkreis: A. Schmidt-Pöfned; Erfahrmann R. Striebe-Jena.
 3. Wahlkreis: A. Zapf-Meiningen; Erfahrmann W. Fennig-Nordhausen.

Bezirksverband Frankfurt.
 1. Wahlkreis: Ritter-Wschaffenburg; Erfahrmann Joh. Sädler-Wschaffenburg.
 2. Wahlkreis: E. Wiebach-Cassel; Erfahrmann Nöbbing-Cassel.
 3. Wahlkreis: Joh. Köhler; Erfahrmann Ferd. Fries-Weide in Darmstadt.
 4. Wahlkreis: U. Pies-Frankfurt, Stef. Metz-Offenbach, L. Reinhardt-Egelsbach; Erfahrmänner W. Repp-Kilianstädten, W. Schadt-Ganau, W. Thierolf-Grumbach.
 5. Wahlkreis: Fr. Schöwin-Lorbach; Erfahrmann G. Preis-Schwege.
 6. Wahlkreis: Wehner-Zulda; Erfahrmann Bepler-Gießen.
 7. Wahlkreis: K. Harth-Hersfeld; Erfahrmann W. Mayer-Hann-Münden.
 8. Wahlkreis: F. England-Marburg; Erfahrmann Fr. Dietrich-Kreuznach.
 9. Wahlkreis: U. Schmidt-Wiesbaden; Erfahrmann K. Schloß-Wiesbaden.
 10. Wahlkreis: A. Lieber-Main; Erfahrmann G. Dah-Main.
 11. Wahlkreis: U. Raab-Limburg; Erfahrmann Fr. Vierdrauer-Limburg.

Bezirksverband Köln.
 1. Wahlkreis: P. Bausch-Köln; Erfahrmann K. Heinrichs-Köln.
 2. Wahlkreis: R. Schmidt-Köln; Erfahrmann G. Wehberger-Dier.
 3. Wahlkreis: E. Höffen-Zolingen; Erfahrmann U. Feuerbach-Barmen.
 4. Wahlkreis: A. Palm-M. Gladbach; Erfahrmann W. Heinrichs-Bladen.
 5. Wahlkreis: P. Neubert-Krefeld; Erfahrmann Golt. Piel-Düsseldorf.

Bezirksverband Dortmund.
 1. Wahlkreis: F. Müller-Dortmund; Erfahrmann W. Winter-Kierpe.
 2. Wahlkreis: L. Kohl-Bochum; Erfahrmann J. Grund-Dorsten.
 3. Wahlkreis: L. Roth-Mülheim (Ruhr); Erfahrmann K. Janowski-Gamborn.
 4. Wahlkreis: G. Müll-Gesfentkirchen; Erfahrmann G. Lieberhoff-Essen.
 5. Wahlkreis: P. Röttgen-Samm; Erfahrmann G. Weis-Siegen.

Bezirksverband Hannover.
 1. Wahlkreis: E. Müller-Braunschweig; D. Sinden-Braunschweig.
 2. Wahlkreis: G. Köster-Minden.
 3. Wahlkreis: W. Krefschmann-Göttingen.

Bezirksverband Bremen.
 1. Wahlkreis: Meier-Bremen; Erfahrmann Lübberts-Bremen.
 2. Wahlkreis: Schöder-Dehmenhorst; Erfahrmann Sauermann-Emden.
 3. Wahlkreis: Herding-Debnrück; Erfahrmann Saue-Rüstringen.

Bezirksverband Hamburg.
 1. Wahlkreis: M. Borger-Hamburg, D. Seemann-Steinbe, S. Weide-Hamburg; Erfahrmänner P. Handorn-Hamburg, H. Freier-Landsbeck.
 2. Wahlkreis: Martin-Lübeck; Erfahrmann J. Petersen-Schneewden.
 3. Wahlkreis: M. Spectowski-Neboe; Erfahrmann G. Engel-Kiel.
 4. Wahlkreis: G. Koch-Schleswig; Erfahrmann F. Heilmann-Helsburg.

Bezirksverband Rostock.
 1. Wahlkreis: B. Zimmermann, P. Lehmann, U. Schramm; Erfahrmann D. Lehmann. Sämtlich in Dresden.
 2. Wahlkreis: P. Weidlich-Zittau; Erfahrmann D. Hofmann-Neuenwerder.

Streiks und Lohnbewegungen.

Maurer, Bauhilfsarbeiter und Ziebauarbeiter:

Im Streik stehen oder ausgesperrt sind die Kollegen in Bielefeld, Bamberg, Calau, Cöln, Danzig, Detmold, Eisen, Frankfurt a. M. (Wuhbach, Friedberg, Hanau), Griesheim a. M., Glashütte, Greifswald (Bauhilfe Regentin), Gerold, Sagen i. W., Hamm i. W., Kellheim, Karlsruhe (Straßenbau), Kiffingen, Lauchburg i. P. (Bauhilfe Grünau), Landshut i. Bayern, Lössau, Marburg, Minden, Weiskam, Witzsburg (Zeilstreit) Wormditt.

Zöliker: Streik ist in Bremen, Cöln, Frankfurt a. M. (Kohnbifferer bei der Firma Bohle & Co., Höchster Farbwerke).

Töpfer: In Das i. Baden streiken die Ofenformer, ferner wird gestreikt in der Tonwarenfabrik von Bielefeld in Lesum. Gestreikt sind die Ofenbauer in Angerburg und die Steinzeugbrennerei von Karlshagen in Müstau.

Zur Wiederaufnahme der Ausgerissenen.

Eine Anzahl Ortsvereine haben an den Bundesstag den Antrag gestellt, die Ausgerissenen im Baugewerksbund wieder aufzunehmen. „Ausgerissenen“ ist falsch, „Ausgerissener“ richtig. Wir in Oberwalde haben das erlebt. Wir waren früher einheitslich und fest organisiert. Vor 2 Jahren schiedten wir unsern Vorsitzenden nach dem Bundesstag in Leipzig. Nach seiner Rückkehr machte sich eine gewisse Strömung bemerkbar gegen den Bundesvorstand, den Bezirksvorstand und gegen die Bezahlung der Sozialversicherungsbeiträge. Die Gründe dafür waren nicht recht zu merken, kurz, wir achteten nicht genug darauf; die Drahtzieher hatten leichtes Spiel. Wir verweigerten die Beiträge (ich selbst habe damals in Verrechnung der wirklichen Verstreubungen der Drahtzieher dabei mitgemacht) und verzogen uns damit gegen die Bundesgebühren. Auch wir forderten damals die Aufnahme der Ausgerissenen in Aue, Chemnitz u. d. Die Besende platze, als B. Kaiser als Sammler und B. Jädel als Stell in Oberwalde erschienen; dem Bundesvorstand blieb nichts anderes übrig, als die Oberwalder Kollegen auszuschießen. Ich sehe heute längst ein, daß er damit recht gehabt hätte. Seitdem ist ungefähr 1 Jahr verfloßen. Heute kommen die Kollegen zum Vorreit der Unternehmer durcheinander. Die Reihen der Ausgerissenen haben sich bereits so gelichtet, daß man durchsehen kann; aber nun ist, wie überall in solchen Fällen, der Antipathienismus Trumpf. Wir sehen heute ein, daß es das große Maul nicht macht, daß uns nun zielbewußte Gemerkschaftsarbeit hilft. Mit gerpflittertem Maulaufreißern als „Führer“ kommen wir auf den Hund. Wir kümmern uns um deren Tiraden nicht mehr, wir suchen, die Organisation wieder zu dem zu machen, was sie früher war. So werden wir nach und nach die geschlossene Front in Oberwalde wieder herstellen. Mit großen Schlagworten, hinter denen nichts steckt, darf uns aber keiner mehr kommen. G. Neumann, Oberwalde.

Bauhüttenbetriebsverband Nordhagen o. m. S. in Nürnberg.

Dem in der dritten ordentlichen Gesellschafterversammlung am 29. Juli 1924 erhaltene Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß die baugewerkschaftlichen Betriebe auf über die schwere Zeit der Inflation hinweggekommen sind. Der Fortschritt in der sozialen Baubewegung ist stetig und dauernd. Die im vergangenen Jahre gegründete Lohnparolasse mußte am Ende des Jahres infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse wieder liquidiert werden, doch konnte sie alle Einleger, den Zahlungen entsprechend, voll befriedigen.

Die Abschlußbilanz (Papiermarkbilanz) vom 31. Dezember 1923 wurde von der Gesellschafterversammlung genehmigt, ebenso die Goldverrechnungsbilanz. Beschlossen wurde, das Kapital von 1 Million Papiermark auf 20000 Goldmark umzustellen und im Verhältnis von 50 : 1 entsprechend auf die einzelnen Gesellschafter zu verteilen. Weiter wurde eine Kapitalerhöhung um 10000 Goldmark vorgenommen, so daß das Stammkapital des Bauhüttenbetriebsverbandes Nordhagen nunmehr 30000 Goldmark beträgt. Besonders wichtig ist der einmütige gefasste Beschluß, die vom Verband sozialer Bauarbeiter ausgehenden Darlehensleistungen auf den jeweils eingehenden Goldmarkbetrag, vom Tage der Zinsfähigkeit an, umzurechnen und diesen Betrag den Darlehensgebern voll auszuschreiben, unter der Bedingung, daß das Darlehen auf weitere 5 Jahre gegeben wird. Wird eine frühere Rückzahlung verlangt, so könnte nur ein Betrag von 15% des wie vorstehend erzielten Betrages zurückgezahlt werden. Mit Nachdruck wird der Betriebsverband darauf hinarbeiten, die bestehenden Betriebe weiter auszubauen. Besonders müssen die Wohnungsgenossenschaften für unsere Ziele gewonnen und die Bau- und Siedlungsgenossenschaften in einer ihre Kräfte zusammenfassenden Organisation vereinigt werden.

Aus den Bezirksverbänden.

Bezirksverband Magdeburg. In diese Bewegungen zur Festlegung angemessener Löhne sind in den letzten Wochen immer wieder ergebnislos verlaufen. Die Unternehmerverbände unseres Bezirks halten daran fest, daß die jetzigen Lohnsätze nicht mehr erfüllt werden dürften. Sie lehnten daher den Schiedsbericht des Schlichtungsausschusses ab; sie lehnen auch vor dem auf Vorschlag des Landesschiedsrichters gebildeten freien Schiedsgericht jedes Zugeständnis ab. In Saalebergstadt erklärten sogar die Verren auf Geheiß des Bezirksarbeitgeberverbandes ein Verbot gemachtes Angebot später nicht an. Das führte natürlich dazu, daß unsere Kollegen auf einigen Bauhilfsstellen ausgetreten. Auch in Saaleberg ist beim Gläubigertag wegen des widerseitigen Verhaltens der Unternehmer die Arbeit eingestellt worden. Hier hatte man eine Lohnzulage besprochen, wenn ein dementsprechender Antrag gestellt würde. Nachdem dies geschehen, wurde auf Geheiß des Amtskammer Arbeitgeberverbandes jede Verhandlung abgelehnt, weil (wie schriftlich mitgeteilt wurde) „jedenfalls der mitteldeutsche Schlichter die Lohnverhandlungen wieder

aufnehmen werde. Daß sich unsere Kollegen eine derartige Behandlung auf die Dauer nicht gefallen lassen konnten, hätte die Eisenbahndirektion Stendal und auch die Firma einsehen müssen. Weil diese Einsicht fehlte, ist dann die Arbeit eingestellt worden. Der Schlichtungsausschuss hat bereits auf die Dauer dieses letzten Vorganges von uns ersucht worden, einen Termin zur Regelung der Lohnfrage für den ganzen Bezirk anzusetzen. Er ist dem nachgekommen; am 14. August werden in Halberstadt Verhandlungen stattfinden. Wir sind gespannt, welche Gründe für die Ablehnung einer Lohnzulage diesmal die Unternehmer vorbringen werden.

Aus den Baugewerkschaften.

Aue. (Vergleichlicher Spallungsversuch.) Für die Kollegen unserer Zählstelle Löhntz war zum 2. August eine Mitgliederversammlung einberufen worden. Unser Angestellter aus Aue sollte über den Lohn- und Tarifstreit, über Beitragsfrage und Verbandsratswahl sprechen. Dazu kam es jedoch nicht, weil plötzlich ein halbes Dutzend Ausgerissener mit ihrem Angestellten, der nun in der Versammlungsbilanz aufzuführen. Genuig ist erst seit einigen Tagen der Mitglieder des „Ausgerissenen-Verbandes“ in Aue durch die Leitung der Hauptkammer in Chemnitz auf die Lage gestellt worden. Was der in gleicher Weise den Ausgerissenen hergebetete gemeinsame und wieder abgelehnte Angelegte W. d. in seinen 4 Probemonaten nicht fertiggebracht, soll nun Genuig vollenden. Ihm fällt die „rühmliche“ Aufgabe zu, die noch im Auer Bezirk dem Baugewerksbund angefallenen Zählstellen zu spalten und so den Unternehmern die Angriffsfläche zu erleichtern. Zunächst stellte Genuig die „begehrende“ Forderung, in unserer Mitgliederversammlung einen „sachlichen“ Vortrag halten zu dürfen, er dränge auf Abstimmung über seine Forderung, womit er tatsächlich Erfolg hatte. Wie das kam? Genuig hatte „vorgebeutelt“. Er hatte vorher Mitgliedern des Baugewerksbundes erzählt, der Baugewerksbund treibe mit der ihm anvertrauten Geldern Mißwirtschaft, erhöhe immer nur die Beiträge, verweigere aber Streikgenehmigungen, er hätte 7000 holländische Gulden entgegen dem Interesse seiner Mitglieder verschwendet u. d. Auf diesen niedrigen und dreisten Schmähreden wendete einig Leidensgefährte, der anwesende Kollege herein. Sie kamen aufgebracht in die Versammlung und machten Stimmung dafür, daß Genuig angebetet werde. Und Genuig sprach: In dem Sachverständigenurteilchen und dem Abbau der sozialen Gesetzgebung trage nur die Sozialdemokratie die Schuld. Dann ging es über den Baugewerksbund nach altbekannter Melodie her, sogar die Wohnung des Bezirksleiters Schümann in Chemnitz mußte herhalten; ferner sollte der Angestellte der Auer Baugewerkschaft in einer Dautante mit einem Konsumgenossenschaftsführer (man lese und staune!) ein Glas Bier getrunken haben. Mit diesem oberfaulen Material glaubte Genuig die Zählstelle spalten zu können. Siegesfeier größten schon bei Beginn der Versammlung einige seiner Zuhörer: Heute drückt aus, heute geht die Zählstelle in Stücke! Aber die Rechnung war ohne den Wirt gemacht. Anwesende Vorstandmitglieder des Baugewerksbundes, die auch kommunistische Stabverordnete in Löhntz sind, verwahrten sich gegen die gemeine Verleumdung unseres Bundes, die lediglich von Genuig organisierte Kommunisten den letzten Mut aufbrachten, die Wahrheit zu verteidigen, das schlug Genuig durch, die Trummelfest durch. Dieser Mann war bisher gewohnt, die Wahrheit und die Interessen der Arbeiter an seinen kommunistischen Gefinnungsgenossen, er kündigte ihnen an, daß er unerbittlich bei seinem Unterbetriebe und der kommunistischen Fraktion Anträge, auf Entziehung ihres Stabverordnetenmandats und Ausschluß aus der Partei stellen werde. Also auch die Kommunisten schiefen aus. Auf den Ausgang kann man gespannt sein. Jurellens haben die hier in Betracht kommenden kommunistischen Stabverordneten Weidlich und Trapp bei einem großen Teil ihrer Genossen im Orte nicht Vertrauen als Genuig. Doch das ist eine Gelegenheit bei kommunistischen Partei. Wichtig für uns ist nur, daß Genuig schwer heringefallen ist. Als die Kollegen in der Gegenwart erfahren, daß der Kaffexer des Baugewerksbundes der Ausgerissenen, Genuig nur in Chemnitz, genau die gleiche Wohnung hat wie Schümann (ein Einfamilienhaus), daß alles anders war, was Genuig vorgebracht, leicht widerlegliches Aussageverweigerungsstück, da war es vorbei mit der Gimpelgänze Genuigs. Nicht im Baugewerksbund war die Sache faul, sondern die Ignoranzweise der Ausgerissenen stellte sich als oberfaul heraus. Nunmehr gab es auch keine Kommunisten mehr in der Versammlung; man redete sich nur noch als Lumpen und Fäschchen an. Wir als Baugewerksbündler ziehen daraus die Lehre, daß es vergebliche Mühe ist, mit den Ausgerissenen gemeinschaftliche Versammlungen abzuhalten. Auch Genuig war am Ende des Gestalts überdrüssig, er verlangte Versammlungsschluß, damit — wie er sich ausdrückte — der Wotmiff nicht noch größer würde.

Frankenberg i. Sa. Am 26. und 27. Juli fand in Frankenberg für den Erzgebirgsbezirk der erste Bezirksjugendtag der organisierten Jugendlichen und Lehrlinge unserer Organisation statt. Aus vielen Gegenden waren die Jungmannschaften unter der Führung ihrer Jugendleiter erschienen. Eine erhebliche Anzahl Vereinigungsgebiete waren jedoch nicht vertreten; gibt es dort keine Jugendorganisationen? Am 26. Juli abends fand ein Kommerz statt, der allgemeine lebhafteste Anteilnahme fand. Aber auch die Klaffenden, in der Mehrheit Jugendliche, mühten sich, ihr ganzes Können zu zeigen, was reicher Beifall lohnte. Am zweiten Tage mußte das Programm mit Mühsal auf das Weiter eine Veränderung erfahren. Es wurde statt einer Siedlung die Zigarettenfabrik der G. G. W. beschliffen. Auch die neue Hofbauweise der Dreimähter wurde einer Besichtigung unterzogen. Nachmittags ging es im Festzug nach dem Festplatz. Unterhaltungsspiele usw. ließen die Zeit schnell dahineilen. — Viel Arbeit hat zur Weckung des Jugendtages gefordert werden müssen. Aber es ist nicht umsonst gewesen. Die Veranstaltung war eine Gerechtigkeit

und Prüfung der jungen Garde. Der Gedanke der Organisation markiert, auch bei den Jungen. Hoffentlich markieren künftig auch die Alten etwas besser mit, die sich heute in erheblicher Zahl auf die Bärenhaut gelegt haben und warten, bis ihnen die gebotenen Tauben in den Mund geflogen kommen. Wir hoffen, daß es uns im nächsten Jahre vergönnt ist, in einem Orte des westfälischen Bezirkes die Jugendkollegen auf einem neuen Jugendtag in vielfach vergrößerter Anzahl mußten zu können.

Selmbrechts. Hier sieht es zurzeit trübe aus. Die „freiwillige“ Ueberstundenarbeit hat sich schon zu einer wahren Landplage ausgebreitet; auch in der Baugewerkschaft gibt es dabei keine Ausnahme. Nur noch wenige Kollegen halten den Achtstundentag hoch. Auch mit der Beitragszahlung hapert es; das Interesse an der Gewerkschaft ist nicht so groß wie früher. Es darf nicht sein, daß Ueberstunden geflohen werden, während andere Kollegen auf dem Pfarrer liegen. Auch muß sich jeder wieder am Gewerkschaftsleben beteiligen. Nur geeinte und überzeugte Gewerkschafter werden dauernde Erfolge erringen. Werdet wieder das, was Ihr früher waret, daß wir uns vor den Kollegen Deutschlands nicht zu schämen brauchen!

Kronach. (Schöffe Handlungsweise.) Am 8. August sprachen drei reisende Bauarbeiter in der Wohnung unseres Kaffexers wegen Unterstufung vor. Sie trafen nur die heftigste kranker Köpfer an, benutzten diese Gelegenheit und entwendeten 1,62 M., die auf dem Tische lagen. Diese schöffe Handlungsweise (unser Kaffexer ist selbst ein armer Teufel und Galbinalbe) hat dazu geführt, daß von nun ab in Kronach an Durchreisende Dolastunterstützung nicht mehr gezahlt wird. Es ist traurig, daß es Lumpen gibt, die durch ihre Taten benachteiligt, daß manche Unschuldige mit den Schuldigen leiden müssen.

Leipzig. Auf Grund des Schiedspruches vom 5. August wurde hier am 6. August die Arbeit wieder aufgenommen. Dieser Kampf, der unsern Baugewerksbund und den Zentralverband der Zimmerer an Organisationskraft bedeutend gestärkt hat, ist jenem Kampf gleichzustellen, den die Leipziger Bauarbeiter (Kolonisationsverband der Maurer) im Jahre 1884 jenseits Verkürzung der Arbeitszeit durchführten. Damals handelte es sich um die Herabsetzung der täglich eifftündigen auf die zehnstündige Arbeitszeit. Diesem Kampfe folgte ein noch viel härterer im Jahre 1897, als es sich um die Herabsetzung der täglich zehnstündigen auf die neunstündige Arbeitszeit handelte. Der Erfolg dieses Kampfes war, daß für das Jahr 1898 die neunehnhalfstündige und von 1899 an die neunstündige Arbeitszeit für Leipzig vertraglich festgelegt wurde. Eine weitere Herabsetzung der Arbeitszeit bis auf 4 1/2 Stunden im Jahre 1919 wurde ohne Kampf erreicht. Das, was mit größter Kraftanstrengung der Organisation und hauptsächlich der Leipziger Bauarbeiter zum Jahre 1919 erzielt ist, hat die Leipziger Bauarbeiter zum aller ersten und größten Opferwilligkeit in dem letzten Kampfe verteidigt. Wenn behauptet, so liegt das daran, daß die Leipziger Bauarbeiter begriffen hat, daß sie in Deutschland nicht allein eine Insel darstellen kann. Sie mußte Mühsal nehmen auf die übrigen Kollegen in Deutschland, die weniger in der Lage sind, eine Verlängerung der Arbeitszeit abzuwehren als die Leipziger Bauarbeiter. Die Kollegen waren jedoch verpflichtet, die Leipziger zu unterstützen. Nur dadurch ist es gelungen, die 4 1/2-Stunden-Woche zu erhalten; dieser Erfolg kommt auch als Gut haben auf das Konto aller Mitglieder des Deutschen Baugewerksbundes. Die Leipziger Bauarbeiter sind ein Opferwilligkeit hinter den übrigen Kollegen in Deutschland bei ähnlichen Kämpfen nicht zurückbleiben. Auch die Mitglieder der Baugewerkschaft Leipzig, die an diesem Kampfe nicht beteiligt waren, wie die bei der Schiedsrichter-Vereinigung, haben große Opfer gebracht, die gleichfalls zu dem Erfolg beigetragen haben. — Während dieses Kampfes hat sich der Verband der Ausgerissenen (ausgerissenen) Bauarbeiter als das geeignet, was er in Wirklichkeit ist: als ein Helfershelfer zur Förderung der Unternehmerinteressen. Der Verband der Ausgerissenen ist entstanden auf Ruf von Moskau, um den Deutschen Baugewerksbund mit bolschewistischen Tendenzen zu durchsetzen und ihn für die Aufnahme in die rote Gewerkschaftsinternationale vorzubereiten. In Leipzig hat diese Aufzuchtorganisation großen Schiffsbruch erlitten. Seit ihrem Bestehen (September 1922) erstreckte sich deren Tätigkeit lediglich auf die Beschimpfung des Baugewerksbundes und seiner Mitglieder nach bekannter bolschewistischer Art. Bei den Lohnbewegungen kam dieser „Verband“ nie in Frage. Er hat sich auch mit dem abgefunden, was durch die Kraft unserer Organisation in Leipzig errungen ist, ebenfalls in der Erkenntnis, aus Eigenem nichts Besseres leisten zu können. Als am 28. Juni die Ausschreibung erfolgte, wurde vom Baugewerksbund und vom Zentralverband der Zimmerer die Anweisung gegeben, die Mitglieder, überall dort, die Unternehmer nicht ausgesperrt hatten, die Arbeit unter den alten Bedingungen fortzusetzen; daß aber bei den Unternehmern, die an der Aussperrung beteiligt waren, kein Kollege weiterarbeiten dürfe. Das war notwendig, um die Aussperrten möglichst durch die in Arbeit stehenden zu unterstützen. Der Verband der Ausgerissenen hat jedoch mit allen Mitteln, durch Schrift, Wort und Gewalt versucht, die Weiterarbeitenden von der Arbeitsstelle zu holen. Erfolg hatte er damit nicht. Unterstützung hat der Verband der Ausgerissenen an seine Mitglieder in der ersten Woche nicht zahlen können, in der zweiten Woche in Höhe der Unterstützung des Baugewerksbundes, in der dritten Woche zum großen Teil nicht, so daß also während der ganzen Zeit der Aussperrung (6 1/2 Wochen) durchschnittlich 7 bis 10 K. von dieser Seite zur Auszahlung gelangten. Daß angesichts dessen die Mitglieder des Ausgerissenenverbandes gegen ihre Meinung Sturm gelaufen sind, ist begreiflich. Damit ist aber erwiesen, daß der Verband der Ausgerissenen das, was er den Bauarbeitern versprochen, nicht gehalten hat, daß er nur die bolschewistischen Tendenzen und die Zerrennung der Organisationen betreibt zugunsten des Unternehmertums. Damit hat er sich selbst gerichtet.

